

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen: Die SPD-Regierung muss Industrie-Ansiedlungen umsetzen, kleine und mittlere Unternehmen stärker fördern, Verschuldung begrenzen.

Der Landtag wolle beschließen:

Strukturwandel ist so alt wie unser Saarland. Die Menschen hier bei uns daheim haben seit Generationen gelernt, dass der wirtschaftliche Wandel eng verbunden ist mit ihrem eigenen Schicksal und dem Wohl und Wehe der gesamten Region. Die bevorstehende Ansiedlung der weltgrößten Fabrik für Halbleiter aus Siliziumkarbid in Ensdorf ist ein Riesenerfolg für die Entwicklung unseres Landes mit Strahlkraft über die saarländischen Grenzen hinaus. Halbleiter sind substanziell für die Wirtschaft im 21. Jahrhundert, ihre Leistung und vor allem Verfügbarkeit bestimmt die Geschwindigkeit des Wachstums sowie das Erhalten und Schaffen von Arbeitsplätzen in vielen Branchen.

Wir haben mit der bevorstehenden Ansiedlung der Halbleiterfabrik gute Chancen, um auch in Zukunft grundlegende Wirtschaftsgüter hier zu produzieren. Diese Ansiedlung ist Ergebnis eines jahrelangen Prozesses und wurde durch bundes- und europaweite Rahmenbedingungen überhaupt erst ermöglicht. Die insbesondere von den damaligen deutschen und französischen Wirtschaftsministern Peter Altmaier und Bruno Le Maire initiierten konkreten IPCEI-Fördermöglichkeiten haben die Voraussetzungen geschaffen, dass zentrale industriepolitische Projekte mit Hilfe ergänzender staatlicher Förderungen umgesetzt werden können.

Peter Altmaier hat außerdem in Deutschland als Bundesminister mit der „Industriestrategie 2030“ – gegen etliche Widerstände – eine wirtschaftspolitische Wende eingeläutet und industriepolitisch vieles ermöglicht, wovon die gesamte Bundesrepublik und insbesondere das Saarland erheblich profitieren. Er hat sich dafür eingesetzt, dass das Mikrochip-Projekt in Ensdorf überhaupt in den Förderrahmen aufgenommen worden ist.

Die Landesregierungen haben in den vergangenen Jahren wesentliche Ansiedlungserfolge für das Saarland gemeinsam erreicht. Ein solcher Erfolg hat sicher viele Mütter und Väter. Allerdings steht auch fest: Eine Ansiedlung dieser Art

und Größe kommt nicht über Nacht. Die Weichen dafür wurden schon vor der letzten Landtags- und Bundestagswahl durch die CDU gestellt. Diese Ansiedlung ist daher auch Beleg für die kluge Innovationspolitik der frühen CDU geführten Landesregierungen und deren Schwerpunktsetzung in der Staatskanzlei. Die von den Landesregierungen unter Annegret Kramp-Karrenbauer und Tobias Hans geprägte Innovations- und Standortpolitik trägt Früchte. WolfSpeed reiht sich in die Ansiedlungen von zuvor etwa SVolt, CISPA und Innovation Campus, ZF-Center für Künstliche Intelligenz und Cybersicherheit, BSI-Stützpunkt etc. ein. Die Ansiedlungen sind Ergebnis gemeinsamen Handels für erfolgreichen Strukturwandel im Saarland.

Gleichwohl dürfen die offensichtlichen Ansiedlungserfolge nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele Herausforderungen noch vor uns liegen und viele Saarländerinnen und Saarländer mit Sorge in die Zukunft schauen. Arbeitsplätze von morgen entstehen nicht durch Ausruf in Wahlprogrammen oder bloßem Nennen individueller Wunschzahlen.

So ist es ein großer Erfolg, dass ZF nach seinem Forschungszentrum für KI und Cybersicherheit auf dem Saarbrücker Uni-Campus, auch mit seinem Leitwerk für Elektromobilität auf den Standort Saarbrücken setzt. Gleichwohl sind viele verunsichert, wie viele Beschäftigte es am Ende des Jahrzehnts noch am Standort Saarbrücken geben wird. Die verschiedenen Szenarien weisen eine hohe Bandbreite des heute noch größten privaten Arbeitgebers an der Saar auf.

Die Entscheidung von Ford gegen eine automobilen Vollproduktion im Saarland kostet Arbeitsplätze, Aufträge für kleine und mittelständische Betriebe, Wertschöpfung und Wohlstand. Allzu viele haben aber auch bewusst Entscheidungen vorangetrieben und gefällt, die mit dazu beigetragen haben, dass das Saarland mit einem hohen Anteil an Wertschöpfung im Bereich der Verbrennermotoren schneller und massiver als notwendig unter den Folgen des Strukturwandels zu leiden hat. So ist beispielsweise eine Kaufprämie für sparsame Verbrenner, von der das Saarland wie keine andere Region in Deutschland auf seinem Weg des Strukturwandels profitiert hätte, im Jahr 2020 am Widerstand der SPD gescheitert. Die bewusste und in Zeit und Ausmaß ideologiegetriebene Entscheidung gegen sparsame Verbrenner und gegen technologieoffene Entwicklung für den Antrieb der Zukunft zahlen die Saarländerinnen und Saarländer teuer: Viele mit ihrem Arbeitsplatz, alle mit Verlust an Wohlstand und Wertschöpfung an der Saar.

Es waren insbesondere Sozialdemokraten und Grüne, die auch auf Ebene der EU eine politische Festlegung auf eine Antriebsart vorangetrieben haben. Die gestrige Entscheidung im Europäischen Parlament setzt nicht auf Technologieoffenheit, um den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen. Wir stehen für das Prinzip der Technologieoffenheit. Wir halten eine faire, wissenschaftliche Betrachtung sowie den Wettbewerb um die besten Ideen für den richtigen Weg, um der Herausforderung des Klimawandels zu begegnen. Inmitten mehrfacher Krisen und einem Wettlauf um die besten sauberen Technologien mit den USA und China, müssen wir der europäischen Industrie die

notwendige Entscheidungs- und Innovationsfreiheit lassen. Nur so wird die erfolgreiche Transformation hin zu einem grünen und gleichzeitig wettbewerbsfähigen Industriestandort Europa zu schaffen sein. Die einseitige Wette auf die reine Elektromobilität gefährdet in Deutschland über 600.000 Arbeitsplätze. Bei uns im Saarland sind rund die Hälfte der ca. 40.000 Beschäftigungsverhältnisse im Automotivesektor abhängig vom Verbrenner.

Die Entscheidung von Ford gegen das Saarland war und ist noch immer der industriepolitische Ernstfall für das Saarland. Alle Akteure im Saarland haben das ihnen Mögliche getan, um Ford hier zu halten. Es hat gleichwohl viele Beschäftigte und Akteure der Saarlwirtschaft verunsichert und in falscher Hoffnung gewogen, dass Minister Barke noch wenige Tage vor der Veröffentlichung der Entscheidung sogar von 4.000 bis 5.000 neuen Arbeitsplätzen gesprochen hat. Umso größer war die Enttäuschung über das tatsächliche Ergebnis. Ebenso lässt der Umgang der Landesregierung mit der Zukunft des Standortes Saarlouis Fragen offen. Bisher gilt das Prinzip: Viel ankündigen, noch mehr reden, wenig bis nichts liefern. Die von der Ministerpräsidentin wie auch vom Wirtschaftsminister angekündigten alternativen und angeblich seit Monaten fertig in der Schublade liegenden Pläne für den Standort lassen weiter auf sich warten. Darüber hinaus wurde die angekündigte Präsentation eines Investors bis Ende 2022 ebenso verfehlt wie ein angekündigter Vertrag mit Ford. Bekannt ist nur, dass sich Ford eine sichere Verkaufsoption für das bevorstehende Ende der automobilen Vollproduktion 2025 gesichert hat und ebenso ein Veto für mögliche frühere neue Investoren. Außerdem steht die Ministerpräsidentin seit Monaten im Wort, die Saar-Gemeinschaftsinitiative einzuberufen und eine Zuliefererkonferenz auszurichten. Die Landesregierung bleibt in der Ford-Frage hinter ihren eigenen mehrfachen Ankündigungen und – weit schlimmer – hinter dem, was zu diesem Zeitpunkt als notwendig für eine stabile Entwicklung des Standortes von den Saarländerinnen und Saarländern erwartet wird.

Arbeitsplätze und Wirtschaft brauchen Platz. Die viel zu späten Planungen für die Fortschreibung des Masterplans Industrieflächen II sind schuld daran, dass es heute zu wenige geeignete Flächen für Industrie und Gewerbe im Saarland gibt. Allzulange hat man sich ab 2012 im saarländischen Wirtschaftsministerium auf den Erfolgen der Vorgänger ausgeruht.

Ferner gefährden die hohen Energiepreise einen erfolgreichen Strukturwandel im Saarland. Es bedarf daher dringend eines Industriestrompreises, damit unsere Heimat nicht deindustrialisiert wird und damit dauerhafte und unwiederbringliche Einbußen an Wohlstand und Arbeit erleidet.

Denn allein der Umbau der Stahlproduktion wird zu einem ungefähr doppelt so hohen Strombedarf führen wie heute. Die Elektrifizierung der Sektoren Verkehr und Wärme kommt hinzu. Die durch das „Handlungskonzept Stahl“ vom damaligen Bundesminister Peter Altmaier geeinte deutsche Position hat, zusammen mit den Möglichkeiten von IPCEI, dazu geführt, dass durch die gemeinsamen, lautstarken Rufe nach Berlin und Brüssel nun Grüner Stahl „Made in Saarland“ möglich wird. Die Entscheidung von Dillinger und Saarstahl ist somit ein

Meilenstein für die gesamte Region und ein Erfolg, nicht zuletzt dieses gemeinsamen Handelns. Dillinger und Saarstahl investieren damit in die Zukunft unserer Heimat. Die saarländische Stahlindustrie hat geliefert. Jetzt muss die Landesregierung liefern. Die Ministerpräsidentin muss endlich dafür sorgen, dass die notwendigen finanziellen Zusagen aus Berlin kommen. Wenn es stimmt, dass sich die Zukunft des Industrielandes Deutschland hier an der Saar entscheidet, dann braucht es endlich überproportionale Gelder vom Bund für das Saarland - so wie bei den Braunkohlerevieren. Gleichwohl bedarf es eigener Landesmittel für eine erfolgreiche Transformation. Unser Konzept „Zukunftsgestaltung durch Innovation und Klimaschutz, Generationengerechtigkeit für Heute und Morgen, Verantwortung für Land und Kommunen“ sieht ausdrücklich und auskömmlich Mittel für eine erfolgreiche Transformation unserer Wirtschaft und nicht zuletzt des Stahls als wesentlichen Teil der Schwerindustrie vor. Bei Stahl und Industrie stehen wir Saarländer zusammen.

Das Saarland ist Industrieland, aber auch ein Land vieler kleiner und mittelständischer Betriebe und Unternehmer. Viele Selbstständige haben zunehmend den Eindruck, dass sie vergessen werden. Die von der CDU beantragten zusätzlichen Haushaltsmittel für Energieeffizienz wurden von der SPD ebenso abgelehnt wie die so dringend erforderlichen Mittel zur Digitalisierungsförderung kleiner und mittlerer Unternehmen im Saarland. Eine starke Wirtschaft besteht aus starker Industrie und starkem Mittelstand, das vergisst die SPD-Regierung leider allzu oft. Eine strategisch fokussierte Mittelstandspolitik ist nicht erkennbar. Die Potentiale und Chancen des saarländischen Mittelstandes werden nicht ausreichend genutzt. Zu einem erfolgreichen Strukturwandel gehören Innovationen, die auch aus dem eigenen und ebenso vielfältigen wie starken saarländischen Mittelstand kommen. Dieses Potential gilt es vielmehr als es die Landesregierung bisher vermag in den Blick zu nehmen und gezielt zu stärken. Wir müssen als Saarland auch den Gründergeist und die Innovationsstärke unserer Region stärker und besser fördern sowie weiterentwickeln. Mit dem saarländischen Digitalisierungsgesetz wurde der Weg für weniger Bürokratie und mehr wirtschaftliche Freiheit und Entfaltung geebnet. So wurden zum Beispiel rund 1.000 Schriftformerfordernisse abgeschafft und durch eine einfache digitale Möglichkeit ergänzt. Es braucht eine wirtschaftliche Entfesselung, um die Potentiale der Saarwirtschaft für Wohlstand und Arbeit zu heben.

Starker Mittelstand von morgen entsteht durch Unternehmensgründungen und Startups von heute. Sie sorgen für neue Arbeitsplätze, führen zur Diversifizierung der Saarwirtschaft und sind somit weiterer wesentliche Treiber von Strukturwandel. Gezielte Investitionen in talentierte Gründerinnen und Gründer, gezielte Investitionen in Startups geben dafür die notwendigen Impulse. Das gilt auch für gezielte Neugründungen im Handwerk. Mit dem Konzept des Saarland-Innovations-Fonds könnten in der laufenden Legislaturperiode 500 Mio. Euro für Gründungen generiert werden, weil öffentliches Kapital in erheblichem Umfang privates Kapital hebeln würde. Die aktuelle Landesregierung setzt auf Schulden statt auf neues, privates Kapital für unser Land. Die so verursachte Verschuldungspolitik auf Kosten heutiger und kommender Generationen führt dazu, dass der gemeinsame, erfolgreiche „Saarländische Weg“ aus mehr Investitionen und weniger Schulden verlassen wird. Erst Haushaltsdisziplin führt

zu den Spielräumen, die langfristiges und nachhaltiges Investieren ermöglichen. Der von der SPD beschrittene Weg in den Teufelskreis der Verschuldung schadet dem Standort Saarland, vernichtet gute Arbeit für heute und morgen und raubt kommenden Generationen die Luft zum Atmen.

Mehr investieren, neue Arbeitsplätze schaffen und weniger Schulden machen sind kein Gegensatz, sondern bedingen einander - sind zwei Seiten derselben Medaille. Die gemeinsam erreichten Ansiedlungserfolge dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die von der neuen SPD-Landesregierung eingeläutete massive Verschuldung des Landes den Standort Saarland dauerhaft zu schädigen droht, Bürgerinnen und Bürger sowie Betriebe belastet und neue Arbeitsplätze verhindert. Es braucht eine erkennbare Strategie der Landesregierung für Arbeit und Wirtschaft im Saarland, damit diese Jahre der Transformation und des Strukturwandels unser Land nachhaltig sichern und voranbringen.

Der Landtag des Saarlandes fordert die Landesregierung auf,

- im Rahmen der Zuständigkeit des Landes den schnellen Aufbau der Halbleiterproduktion in Ensdorf voranzutreiben.
- ein intelligentes, auskömmliches Industrieflächenmanagement entschiedener als bisher umzusetzen und dafür Sorge zu tragen, dass die Ansiedlung aktueller und künftiger Projekte nicht an mangelndem Flächenangebot scheitert.
- zeitnah mit der Automobilindustrie über Lösungen zu verhandeln, um den drohenden Wegfall von 20.000 Arbeitsplätzen bis 2035 aufgrund des Verbrenner-Aus abzuwenden.
- rasch eine nachhaltige Lösung für den Ford-Standort Saarlouis zu präsentieren, die angegebenen Alternativen vorzustellen sowie endlich die angekündigte Zuliefererkonferenz sowie die Saar-Gemeinschaftsinitiative einzuberufen.
- die kleinen und mittleren Unternehmen nicht zu vergessen und darzulegen, mit welcher Strategie sie KMU bei den aktuellen Herausforderungen, insbesondere hinsichtlich Digitalisierung und Fachkräftemangel, stärker unterstützen wird.
- sich für eine verlässliche, stabile und bezahlbare Energieversorgung auf Landes- und Bundesebene einzusetzen sowie u.a. durch die schnelle Einführung eines Industriestrompreises eine weitere De-Industrialisierung des Landes abzuwenden.
- für eine starke, überproportionale und berechnete Unterstützung des Saarlandes durch Bund und EU einzutreten.
- Mittel von Bund und EU für das Saarland – analog der Braunkohlereviere – zu generieren, da unser Land der „Lackmustest für das Gelingen der Transformation in ganz Deutschland“ und damit eine Aufgabe von nationalem Interesse ist.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.